

# Macron gibt sich reuevoll: ›Ich war zu ungeduldig, zu kalt und habe zu hart gewirkt‹

Bei einer Pressekonferenz äußerte Macron mehrfach Selbstkritik an seinem Umgang mit der Bevölkerung, wies aber die Kritik an seinem unternehmerfreundlichen Reformkurs zurück. Den ›Gelbwesten‹ bescheinigte Macron ›anfänglich berechtigte Wut‹. Macron versprach unter anderem Steuersenkungen für mittlere Einkommensgruppen, weitere Maßnahmen für Rentner und gezielte Stützen für Allein-Erzieherinnen. Im Gegenzug will Macron aber die Arbeitszeit in Frankreich erhöhen.

AUS PARIS  
**DANNY LEDER**

Voll der Reue bezüglich seiner ›zu kalten‹ Methoden, aber felsenfest überzeugt von der grundsätzlichen Richtigkeit seines Reformkurses ó so gab sich Emmanuel Macron am Donnerstag-Abend bei seiner ó seltsamerweise ó aller ersten Pressekonferenz seit seinem Amtsantritt vor fast zwei Jahren.

Im Gegensatz zu seinen leutseligen Vorgänger Francois Hollande, der Journalisten möglicherweise zu oft traf, hatte Macron die längste Zeit die Medien im Großen und Ganzen eher herablassend und stiefmütterlich behandelt.

Aber gestern versuchte sich Macron als Persönlichkeit quasi neu zu erfinden: er habe sich ›zu ungeduldig‹ und ›zu kalt‹ sowohl gegenüber seinen Mitarbeitern als auch gegenüber der Bevölkerung gezeigt. Der, aus seiner Sicht, durchaus erfolgreiche Reformkurs habe zwar Frankreich erstmals seit langem wieder substantziellen Anstieg neuer Arbeitsplätze (eine halbe Million innerhalb von zwei Jahren) und inzwischen ein ›höheres Wirtschaftswachstum als so manchem anderen EU-Staat‹ beschert. Diese Politik sei aber ›nicht genügend erklärt worden‹.

Macron zerknirscht: ›Ich bereue, dass ich manchmal zu hart gewirkt habe‹. Dabei erwähnte er die Steuererhöhungen, die er ursprünglich den Rentnern aufgehalst hatte (und später, unter Druck des Aufstands der ›Gelbwesten‹, wieder annullierte). Er habe, so Macron, damals ie oft schwierige Lage vieler Pensionisten unterschätzt.

›Ich habe mich geändert‹, beteuerte der Staatschef mehrmals, wobei er seinen Wandel als Lernprozess darstellte. Dieser habe sich aus dem Aufstand der ›Gelbwesten‹ genährt (›Die Äußerung einer anfänglich berechtigten Wut‹) und seinen Gesprächen im Zuge des ›Grand Débat‹ ó also der landesweiten Bürgerdiskussionen, die Macron vor drei Monaten angestoßen hatte, um der seit vergangenen November anhaltenden Revolte der ›Gelbwesten‹ entgegenzuwirken.

Nunmehr werde er ›den Menschen zum Herzstück seines (Reform-)Projekts machen ó eine, der französischen KP fast wortgleich abgekupferte Formel, die Macron ebenfalls

mehrmals wiederholte.

Sein neuer Maßnahmenkatalog sieht einen generellen Stopp der Steuererhöhungen und eine Abgabenreduzierung für mittlere Erwerbsgruppen vor.

Pensionen sollen wieder laufend an die Inflation angepasst werden ó eine Regel, die Macron anfänglich abgeschafft hatte. Die Unterhaltszahlungen für geschiedene Alleinerzieherinnen sollten künftig, im Fall von säumigen Ex-Gatten, durch die Sozialversicherung gewährleistet werden. Auch soll die künftige Rentenreform namentlich Frauen, die weniger Berufsjahre vorweisen können, entgegen kommen.

Keine Schule und kein Spital soll mehr ohne Zustimmung des örtlichen Bürgermeisters geschlossen werden. Durch die Errichtung von übergreifenden Behördenservice-Stellen soll niemand šmehr als 30 Kilometerō für einen Behördengang zurücklegen müssen. Dafür sei es aber nicht nötig mehr öffentlich Bedienstete anzustellen, sondern die Entscheidungsprozesse zu švereinfachenō und Beamte aus den oberen Etagen, namentlich in Paris, wo sie übermäßig škonzentriertō anzutreffen wären, an die Basis zu verlegen. Für mehr Chancengleichheit wird die Zahl der Schüler pro Klasse an allen Volksschulen auf 24 beschränkt werden.

Die eingefahrenen Rekrutierungs- und Ausbildungsverfahren für Spitzenbeamte will Macron von Grund auf ändern. Die soziale Abstammung der französischen Spitzenbeamten würde nicht mehr šdie aktuelle französische Gesellschaft widerspiegelnō, Die Ausbildungsstrukturen würden gleichgeschaltete Denkmuster und mangelnde Öffnung auch gegenüber internationalen Erfahrungen fördern, bedauert der Präsident.

Die geplanten Steuersenkungen und zusätzlichen Ausgaben im öffentlichen Dienst müssten aber durch eine Verlängerung der Arbeitszeit kompensiert werden. šIn Frankreich wird weniger lang als in den Nachbarstaaten gearbeitetō, mahnte Macron. Eine umstrittene Behauptung, die all sofort für Zoff mit sämtlichen Gewerkschaften sorgen wird.